BOULEVARD

Durchsucht

Nach dem Eklat um einen mutmaßlichen Nazi-Gruß der Ballermann-Sängerin **Melanie Müller** (34) hat die Polizei am Donnerstag ihr Wohnhaus durchsucht. Es gehe um die Ermittlungsverfahren zu dem Verdacht des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, sagte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Leipzig. Zuerst hatte die „Bild"-Zeitung über die Durchsuchung berichtet. In einem Video soll zu sehen sein, wie die Sängerin während eines Auftritts Mitte September in Leipzig einige Male den rechten Arm in die Höhe reckt.

Berüchtigt

Der britische König **Charles III.** (73) ist erst seit einem guten Monat auf dem Thron, doch er hat bereits den Ruf, vor der Kamera leicht aus der Rolle zu fallen. Nachdem er bei den Zeremonien zu seiner Ausrufung als neuer König mit Flüchen über auslaufende Tintenfüller von sich reden machte, sorgte er nun bei seiner Begegnung mit Liz Truss für Aufmerksamkeit. Wie in einem Video des britischen Senders ITV zu hören ist, begrüßte Charles die Premierministerin bei der wöchentlichen Audienz im Buckingham-Palast am Mittwoch mit den Worten „Back again. Oh dear, oh dear" („Wieder da. Oje, oje").

Dehydriert

US-Sängerin **Brandy** (43) ist nach einem Vorfall in ärztlicher Behandlung. Sie befolge die Anweisungen der Ärzte und ruhe sich nach „Dehydrierung" und zu geringer Ernährung aus, teilte die Sängerin in einer Instagram-Story mit. Zugleich bedankte sie sich bei ihren Fans für deren Unterstützung. Nähere Angaben zu dem Notfall machte sie nicht. Kurz zuvor hatte das Promiportal TMZ.com berichtet, dass am Dienstag Helfer per Notruf zum Haus der R-'n'-B-Sängerin gerufen worden seien. Brandy werde in einem Krankenhaus in Los Angeles behandelt.

UND DANN ...

... war da noch die Boygroup Backstreet Boys, die sich bei ihren liebestollen Fans für Tausende auf die Bühne geworfene BHs revanchiert. Bei ihrer aktuellen Europa-Tour werfen die Bandmitglieder ihre Unterhosen ins Publikum. Die Unterwäsche sei aber nicht wirklich getragen, versicherte der 51-jährige Kevin Richardson. Dafür sind die Schlüpfer signiert. Die Band war in den 90er-Jahren weltberühmt.

FOTO: ROMINA AMATO/RED BULL/GETTY IMAGES

Auf dem Sprung

Möglichst kunstvoll von der Klippe stürzen: Darum geht es bei der Red Bull Cliff Diving World Series, den Weltmeisterschaften im Klippenspringen. Vor dem Finale am Samstag fand in Sydney ein letztes Training statt. Das nutzte auch die Australierin Rhiannan Iffland, amtierende und fünffache Weltmeisterin der Frauen, und segelte von der 21 Meter hohen Plattform. Die Männer springen sogar aus 27 Metern Höhe. Für Akrobatik und Ästhetik gibt es Punkte – wer am Ende der Saison die meisten Punkte gesammelt hat, ist Sieger. Die beste Frau und der beste Mann erhalten die King-Kahekili-Trophäe, benannt nach einem hawaiianischen Häuptling, der der Legende nach im Jahr 1700 von den heiligen Klippen von Kaunolo sprang.

Milliardenstrafe für Hetzer

Der Verschwörungsideologe Alex Jones verleumdete die Opfer eines Schulmassakers

VON KARL DOEMENS

WASHINGTON. Der Angeklagte übertrug das eigene Urteil live im Internet. „Kommt, kreuzigt mich!", feuerte er aus seinem Studio in Texas die Richterin in Connecticut an, die das vernichtende Verdikt der Geschworenen verlas: Insgesamt 965 Millionen Dollar (knapp eine Milliarde Euro) muss der Verschwörungsideologe Alex Jones an die Hinterbliebenen des Schulmassakers von Sandy Hook zahlen, die im Gerichtssaal kaum die Fassung bewahren konnten.

„Yeah, Yeah", grölte derweil der rechtsextreme Hetzer, machte sich feixend über den Prozess lustig und empörte sich am Ende sarkastisch: „Warum ist das nur eine Milliarde? Warum nicht Billionen? Ich bin beleidigt!"

Das bizarre Schauspiel zehn Jahre nach dem Blutbad, bei dem 26 Menschen getötet wurden, war der Höhepunkt der zynischen Kampagne, mit der Jones die Angehörigen der Opfer diffamiert und dabei über seine Webseite Infowars viele Millionen Dollar verdient hat. Kurz nachdem ein 20-Jähriger im Dezember 2012 in Sandy Hook mit einem Schnellfeuergewehr 20 Erstklässler sowie sechs Erzieher und Erzieherinnen erschossen hatte, zweifelte der Verschwörungsideologe den Tathergang an und behauptete, die Massenschießerei sei mit den Eltern als Schauspieler von der Regierung inszeniert worden, um den Einzug von Waffen vorzubereiten.

Jahrelang wiederholte Jones vor einem wachsenden Publikum seiner Webseite und seiner Radioshow Infowars diese Lüge. Für die Hinterbliebenen des Massakers hatte das furchtbare Folgen. In dem Prozess berichteten Eltern und Geschwister unter Tränen, wie sie von Jones-Fans aus dem rechtsextremen Milieu belästigt und bedroht wurden. Schließlich taten sich die Angehörigen von fünf Kindern und drei Lehrern zusammen und reichten Klage gegen den Lügenpropagandisten ein. Wohl um das drohende Urteil abzumildern, hatte Jones Anfang des Jahres eingeräumt, das Massaker sei „100 Prozent real" und sich für seine Falschaussagen entschuldigt. Im Prozess zeigte er keine Reue. „Sind wir hier in China?", wetterte er bei einer Befragung. Er habe sein Bedauern bereits einmal ausgedrückt: „Das reicht jetzt."

> **Dieses korrupte, sterbende politische System will aus mir einen Teufel machen.**
> **Alex Jones,** Verschwörungsideologe

Gleichzeitig schürte der 48-Jährige in seiner Radioshow neue Zweifel am Tathergang: „Ich weiß nicht, was da wirklich geschehen ist."

Die Geschworenen entschieden denn auch auf eine Strafe, die in den USA als beispiellos gilt: Insgesamt 965 Millionen Dollar muss Jones an 14 Hinterbliebenenfamilien und einen FBI-Beamten zahlen, den er ebenfalls diffamiert hatte. Das Geld soll die Schäden der Reputation und die emotionalen Leiden wiedergutmachen, die den Betroffenen durch die Verleumdung zugefügt wurden. Ein strafrechtliches Urteil steht noch für den nächsten Monat aus. Bereits im August hatte ein texanisches Gericht den Eltern eines weiteren getöteten Kindes fast 50 Millionen Dollar zugesprochen.

Allerdings ist unklar, wie viel Geld Jones tatsächlich zahlen wird. Die Finanzen des Infowars-Gründers sind undurchsichtig. Experten schätzen sein Vermögen, das er unter anderem durch den Verkauf eines bizarren Sortiments von kugelsicheren Westen, Zahnpasta und „Gehirnpillen" angehäuft hat, auf rund 270 Millionen Dollar. Um sich vor dem Zugriff von Gläubigern zu schützen, hatte Jones' Firma im April Insolvenz angemeldet.

Seine Zuschauer rief der Radiomoderator schon einmal zur Unterstützung auf. „Dieses korrupte, sterbende politische System will aus mir einen Teufel machen", hetzte er. Auf seiner Webseite startete Jones derweil einen „Super Sale": Einen Zehnerpack „Survival Shield" mit Jodtropfen gibt es nun zum halben Preis von 199,75 Dollar.

Verurteilt: Alex Jones, Gründer der Website Infowars, zeigte vor Gericht keine Reue. FOTO: TYLER SIZEMORE/POOL HEARST CONNECTICUT MEDIA/AP/DPA

Bohlen „moralisch verkommen"

VON SOPHIA WEIMER

BERLIN. Musikproduzent und „DSDS"-Juror Dieter Bohlen hat mit Äußerungen über Sanktionen gegen Russland für Kritik und Unverständnis gesorgt. „Wie moralisch verkommen muss man sein, für einen billigen Applaus diesen entsetzlichen Krieg auszublenden, die Angst und das Leid und den Tod, die er verursacht?", twitterte SPD-Chefin Saskia Esken am Mittwochabend. „Und sich über das Frieren ‚und all den Firlefanz' zu beklagen, das ihn als Superreichen doch ohnehin nicht trifft?" Esken bezog sich damit auf ein Video, das Bohlen bei einer Podiumsveranstaltung Ende August zeigt. In dem Ausschnitt sagt Bohlen mit Blick auf die Politik zum Krieg in der Ukraine: „Wenn die diese Sanktionen zum Beispiel nicht gemacht hätten und man hätte sich vernünftig an einen Tisch gesetzt, ja, dann bräuchten die Leute jetzt nicht diesen ganzen Firlefanz machen." Weiter sagt er: „Jetzt müssen wir frieren, jetzt müssen wir dies und das, das ist doch alles scheiße aus meiner Sicht."

Erntet Kritik: Dieter Bohlen. FOTO: MARCO STEINBRENNER/DPA

Ehemalige Lehrerin wollte Minister entführen

71-Jährige war Kopf einer Gruppierung von „Reichsbürgern" – Verhaftung wegen Terrorverdachts

VON MARCO KREFTING UND ANNE-B. CLASMANN

KARLSRUHE. Im Zusammenhang mit der mutmaßlich geplanten Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hat die Bundesanwaltschaft eine Frau wegen Terrorverdachts festnehmen lassen. Sie habe eine übergeordnete Stellung im administrativen Teil jener staatsfeindlichen Gruppierung innegehabt, die im April aufgeflogen sei, teilte die Behörde am Donnerstag in Karlsruhe mit.

So machte die Deutsche der Mitteilung zufolge unter anderem Vorgaben, um die Pläne der Gruppierung voranzutreiben und zu koordinieren. Sie sei beim Besorgen von Waffen und Sprengstoff eingebunden gewesen und habe wiederholt eine rasche Umsetzung des Vorhabens eingefordert und konkrete Terminvorstellungen genannt. Die pensionierte Lehrerin soll zudem Rekrutierungsgespräche geführt haben.

Beamte des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz und der sächsischen Polizei hätten die Beschuldigte am Donnerstag im Landkreis Mittelsachsen festgenommen und Räume durchsucht. Ein Haftrichter sollte später entscheiden, ob die Frau in Untersuchungshaft kommt.

Sie verfolge eine Ideologie, die das Grundgesetz und die staatliche Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ablehne, hieß es. Vielmehr existiere nach diesen Vorstellungen das Deutsche Reich auf Grundlage der Verfassung von 1871 weiter. Vier mutmaßliche Komplizen, allesamt Deutsche, waren am 13. April festgenommen worden. Die Gruppierung hatte es sich laut Bundesanwaltschaft zum Ziel gesetzt, bürgerkriegsähnliche Zustände in Deutschland auszulösen und damit letztlich den Sturz der Bundesregierung und der parlamentarischen Demokratie herbeizuführen. Es sei geplant gewesen, einen bundesweiten „Black-out" herbeizuführen. Zudem sollte Minister Lauterbach entführt werden, wobei die Tötung von Personenschützern im Raum stand.

Sollte entführt werden: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach. FOTO: OMER MESSINGER/GETTY IMAGES

Der nun festgenommenen ehemaligen Lehrerin war aufgrund ihres „Reichsbürger"-Gedankenguts das Ruhegehalt aberkannt worden, wogegen sie sich vergeblich juristisch zur Wehr setzte.